

Von der Leyen sagt Jugendwerkstätten Hilfe zu

HANNOVER. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat den Jugendwerkstätten in Niedersachsen eine weitere Förderung ihrer Arbeit durch Jobcenter zugesagt.

Die Werkstätten müssten sich jedoch statt auf Ein-Euro-Jobs auf andere Formen der Finanzierung einstellen, erläuterte von der Leyen gestern bei einem Besuch der Jugendwerkstatt des evangelischen Stadtkirchenverbandes.

Die Umstellung erfolgt nach Angaben des Bundesministeriums im April 2012. Mit den Kürzungen bei den Ein-Euro-Jobs will die Bundesregierung ihre arbeitsmarktpolitischen Instrumente effektiver einsetzen.

Die 103 Jugendwerkstätten in Niedersachsen fürchteten wegen der Umstellung um ihre Existenz und hatten am Mittwoch bereits Protestaktionen angekündigt. Ministe-



Ursula von der Leyen

riumssprecher Christian Westhoff sagte, die Jugendwerkstätten in Niedersachsen hätten sehr stark auf Ein-Euro-Jobs gesetzt. Deren Förderung solle nun durch das neue „Gesetz zur Verbesserung der Ein-

gliederungschancen in den Arbeitsmarkt“ begrenzt werden. Das bedeute für die Einrichtungen aber nur, dass sie künftig anders gefördert würden.

Nach Angaben des Ministeriums gibt es Alternativen, die in anderen Bundesländern bereits erfolgreich praktiziert würden. Dabei handele es sich beispielsweise um Mittel für sogenannte Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen. Die Jobcenter könnten gemeinsam mit den Werkstätten weiterhin die Chancen junger Menschen auf Jobs im ersten Arbeitsmarkt verbessern, hieß es.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken